

Berliner Volks-Zeitung

Im Kampfe um die Meinungsfreiheit.

80 Berliner Geistliche

protestieren gegen die geistige Vergewaltigung, die von dem Konfessionsrat der Provinz Brandenburg, unter Anführung des bekannten Juristen, beschlossen worden ist, durch folgende Eingabe an den Evangelischen Oberkirchenrat:

Das Königlich Konfessionale Rat der Provinz Brandenburg hat unter dem 28. März d. J. den Herren D. R. Richter an St. Marien in Berlin, Erzbischof an der Episthanien-Kirche in Charlottenburg und Sic. Dr. Vollmann in Potsdam, die Beschlüsse gegen Pastor Jakob in Adm zum 28. März 1911 einverleibende Beschlüsse als durch die Pflichten des Amtes ausgeschlossen zu erklären, und diese Warnung mit dem Erlaß des evangelischen Oberkirchenrats vom 8. Februar 1907 begründet. Königlich Konfessionale Rat hat damit den gemeinsamen Pastoren sowie Pastoren Alfred Richter an der Jerusalem-Kirche in Berlin wegen aktiver Beteiligung an jener Beschlüsse einen Verweis erteilt.

Jene Warnung ist der großen Mehrheit der Berliner Pastoren durch die Einverleibung zugegangen und berührt damit nicht nur die, an welche sie ursprünglich gerichtet war, sondern überhaupt das Recht und die Stellung der Pastoren ihrer Gemeinden und der Selbstbestimmung gegenüber.

Dieser Umstand veranlaßt uns, bei aller Ehrerbietung gegen die uns vorliegende Beschlüsse gegen jene Beschlüsse Einspruch zu erheben. Wir müssen das Recht der freien Meinungsäußerung zumal in kirchlichen und religiösen Fragen, welche unter Gemeindegliedern, für uns unbedeutend in Anspruch nehmen. Wenn auch die Kirchenregierung das Recht hat, einen Pastor für das, was er gesagt hat, zur Verantwortung zu ziehen, so können wir für die Freiheit der Kirche, eine Entscheidung darüber zu treffen, ob, wann und wo er reden darf.

Die Gemeinden — und mit diesen haben wir es auch in den sogenannten Pastorenkonferenzen zu tun — dürfen erwarten, in kirchlichen und religiösen Angelegenheiten unser unbefangenes, von keinem äußeren Richter beeinflusstes Urteil zu hören. Niemand hat ein größeres Recht, in bewegter Zeit zur Gemeinde zu sprechen, als wir. Dürfen wir nicht reden, so wird die Gemeinde geradezu aufgehoben. Aufzwingen ihr Stillsitzen und ihr schweigen, ist ein Verstoß gegen die Freiheit und die Würde, in der Beteiligung an den kirchlichen Ratsarbeiten der Gegenwart mächtig auf sie einzuwirken. (Erlaß des Evangelischen Oberkirchenrats vom 8. Februar 1907. Unsere Gemeinden müssen zu uns das Vertrauen haben dürfen, daß wir uns in unserer öffentlichen Beschlüsse allein von uns selbst in dem Genuß unserer gemeinsamen Gemeindeglieder teilen lassen. Dieses Vertrauen aber wird verletzt, wenn unsere Beschlüsse und unter Umständen das Reden untersagt. Wir können uns auch durch die Erwägung nicht bestärken lassen, daß wir uns nach dem Erlaß des Evangelischen Oberkirchenrats vom 8. Februar 1907, als die Kirchenrat mit Hilfe des Kirchenregiments im Dienste an einem gemeinsamen großen Gange teilhaben. Denn zu gewöhnlich eintreten können, in denen wir bei unseren Gemeinden für die Kirchenregierung einzutreten haben, so gewöhnlich wir uns auch das Recht wahren, mit unseren Gemeinden unsere Wünsche und Sorgen der Kirchenregierungen zum Ausdruck zu bringen.

Wir halten uns vor Gott, unsere Gemeinden, unseren Amt und uns selbst für verpflichtet, den hohen Evangelischen Oberkirchenrat diese Erklärung in aller Ehrerbietung zu unterbreiten mit der vertrauensvollen Bitte, uns in unserem Rechte der freien Meinungsäußerung zu schützen.

D. R. v. Arnim (Pastor), D. R. v. S. (St. Petri-Kirche), Lie. Wittling (Abendkirche), St. Marien (Episthanien-Kirche), Lie. Dr. Zorge (Jerusalem-Kirche).

Diesem Einspruch haben sich 75 andere Geistliche aus Berlin und Umgegend angeschlossen. Die Berliner orthodoxe Presse, die für den „beschränkten Untertanenverband“ der Geistlichen gegenüber dem „Kirchenregiment“ mit mehr Unterthanenverhältnis als Verstand eintritt, wird natürlich nach bestmöglicher Weise die 80 Geistlichen begrüßen, die sich nicht wie Schulbuben behandeln lassen wollen. Diese Art Presse wird den Oberkirchenrat gegen die 80 protestierenden Geistlichen mit den üblichen Mitteln der Verheißung scharf zu machen suchen; man kennt das. Gleichwohl haben diese Geistlichen die Sache der orthodoxen Gelehrer nicht zu fürchten. Denn selbst wenn der Oberkirchenrat für den Protest der Achtzig kein Verstand zeigen und ihn zurückweisen sollte, so würde die unabhängige, durch kirchlich-hierarchische Pflichten nicht beeinflusste öffentliche Meinung nicht einen Augenblick darüber im Zweifel sein, in dem in diesem Kampfe um das gefährdete Recht der freien Meinungsäußerung die Symphonie der Allgemeinheit zu gehören haben.

Der internationale Semannsstreik.

(Telegraphische Berichte)

London, 13. Juni.
Der Nachrichtenüberbringer von Manana in Liverpool angekommen, um den Zustand zu teilen. Bislang hat die internationale Semannsstreik, erklärte, es sei kein Tag für die Eröffnung festgelegt. Wenn der Streik anbricht, würden alle großen Passagierdampfer der Niederlande angehalten werden. Von der Streikleitung wird in Glasgow erklärt, daß der Generalstreik der Seemannen in Europa, es wird auch das genaue Datum der morgen, wo Demonstrationen stattfinden sollen, bekannt zu geben.

South Shields, 13. Juni.
Der am morgen angekommene Semannsstreik wird nach den letzten Beschlüssen am 7 Uhr beginnen. Das Signal dazu wird durch Schießen einer Kasse gegeben werden.

Humbly Grove, 13. Juni.
Die Beschlüsse der Seemannen sind bekanntlich die Beschlüsse des allgemeinen Ausstandes bei sämtlichen Schiffen.

Kurze Chronik.

- Der Vererber des Frauenmordes in der Bogenstraße zu Berlin hat sich heute der Staatsanwaltschaft gestellt.
- Die Nachricht, der französische Ministerpräsident Monis beabsichtige zurückzutreten, wird offiziell bestritten.
- Der internationale Semannsstreik soll heute abend um 7 Uhr beginnen.
- Die kaiserliche Regierung will jetzt versuchen, den albanischen Kuffan abzuwehren.
- In dem unter der Aufsicht des Vorgesetzten des Reichsamt für Handelsgewerbe und der Polizei ein heftiger Kampf stattgefunden, in dessen Verlauf 2 Bauern getötet und 2 Polizeigefolge und 21 Bauern schwer verwundet wurden.
- Näheres im Text des Blattes.

schaftsverhältnisse beizubehalten. Der Ausstand wird Mittwoch morgen beginnen.

Die Wahlen in Oesterreich.

(Telegraphische Berichte)

Wien, 14. Juni.
Von 449 gestern zur Entlassung gelangten Wahlmännern sind 430 Wahlergebnisse bekannt. Davon sind 179 Sozialdemokraten, also insgesamt 178 Stimmen. Einbürglich gewählt sind 244, davon 68 Christlichsozialisten, 44 Deutschfreiwirtschaftler, 43 Sozialdemokraten, 34 Mitglieder des Reichstags, 24 Sozialisten, 11 Mitglieder des Reichstags, 10 Nationalisten, 5 Welfen, 5 Rumänen, 2 Polier, 1 Arbeiterpartei, 1 Arbeiterpartei, 1 Sozialist.

Unter den Gewählten befinden sich der frühere Minister Bilinski und der Reichstagsabgeordnete Dr. Schaller, der Führer der Jungösterreichischen Partei, der Reichstagsabgeordnete Wolf, der Christlichsozialer Franz Fuchs, der rumanische Sozialdemokrat Corovic, (gewählt gegen den Deutschfreiwirtschaftler Stein), sowie die Deutschfreiwirtschaftler Seher, Urban, Schneider und Zeller der Wiener Arbeiterpartei, der Arbeiterpartei und der Sozialdemokratischen Partei.

Von den bisherigen gewählten Christlichsozialen Wiener Abgeordneten sind nur zwei, nämlich Wache und Kienast, wiedergewählt. Alle übrigen kommen in die Stichwahl mit Sozialdemokraten, Deutschfreiwirtschaftlern oder Mitgliedern der neuen politischen Bewegungen. Nach Witzgensteiners Meinung sind Oberösterreich, Steiermark und die Stichwahl, im Mittelböhmer (Niederösterreich) kommt der frühere Minister Schumann in die Stichwahl mit dem Deutschfreiwirtschaftler Weber.

Wutiger Wahlkampf.

Am 20. Bezirk kam es nach Bekanntmachung des Wahlergebnisses zu großen Ausschreitungen. Die Sozialdemokraten wurden zwei Polizeibeamte zu Boden. Die einschreitende Wache wurde von der Menge mit Steinen beworfen, worauf die Beamten flucht jagten. In dem Gemühschmerz wurden vier Polizeibeamte verletzt, einer erhielt einen Bleichschuß. Von den Demonstranten wurden gleichfalls vier, unter ihnen einer schwer, durch Schüsse der Wache verwundet. Fünf Personen wurden verhaftet.

Die Niederlage der Merikanten.

Wien, 14. Juni.
Die deutschfreiwirtschaftlichen Organe feiern den Wahlsieg als eine Niederlage der Christlichsozialen in Wien, die sich von ihren bisherigen 20 Wiener Mandaten in der Hauptwahl nur zwei sichern konnten. Die Führer und einflussreichsten Männer dieser bisher so mächtigen Partei hätten hier nicht ein Mandat für das Abgeordnetenhaus, sondern sie kämen alle nur in die Stichwahl. Der glatte Tag bedeute einen Sieg der freiwirtschaftlichen Weltanschauung, und dieser Umschwung werde auch das Gefühl der Zusammengehörigkeit zwischen Wien und den deutschen Reichsteilen in Oesterreich stärken. Die christlichsozialen Reichspartei ist die Niederlage ihrer Partei zu und findet die Zustände, die sich gestern in Wien zeigten, erklärlich durch die traurigen parlamentarischen Verhältnisse, die eine auf praktische Erfolge angezielte Arbeitsarbeit, wie sich die christlichsozialen Partei bei ihrer positiver Arbeit behinderten.

Keine Kabinettskrisis.

Der Pariser „Figaro“ hatte gestern erneut gemeldet, der Ministerpräsident Monis sei entlassen, zurückzutreten, da er noch für längere Wochen an das Frankfurter gestellt sei; den Hauptgrund habe aber die Abgrenzungfrage des Champagnegebietes und der Konflikt mit Spanien. Demgegenüber meldet heute ein Telegramm aus Paris, 13. Juni, eine Note der „Agence Havas“ bezeichne die Meldung, daß Ministerpräsident Monis beabsichtige zurückzutreten, als unrichtig. Es behaupte zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Minister wieder über die Abgrenzungfrage noch sonst irgendwelche Differenzen.

Paris, 14. Juni.

Wie die „Agence Havas“ aus Melina meldet, hat General Dronier mit einem Generalstab am 9. Juni morgens die Stadt besetzt und die Unterbringung der Truppen, die die Garnison bilden sollen, festgelegt. Die Garnison wird aus Senegalesen, Wachtregimenten und Artillerie bestehen und ungefähr 1500 Mann stark sein. General Dronier tritt durch die Hauptstraßen der Stadt, im Dubouché-Platz begrüßt, in der Hauptstadt mit Ehrfurcht aufgenommen. Ein Militärhospital wird eingerichtet werden, da Fälle von Ruhr aufgetreten sind. Muley Bin hat sich in das französische Lager begeben und eine Ehrenwache erhalten, die ihn bewacht und für seine Sicherheit sorgt. Er wird dem Sultan ausgereicht werden, der sich für seine ehrenvolle Behandlung bedankt wird.

Wahrscheinlich wird unter Vorbehalt, daß der frühere Gouverneur Depont, der nach Melilla gegangen ist, um für die französische Militärverwaltung verschiedene Geschäfte zu besorgen, von spanischen Militärs festgenommen und widerrechtlich vierwöchentlich in Haft gehalten wurde.

Der Frauenmord in der Bogenstraße aufgeklärt.

Selbsttötung des Täters.

Der Mord in der Bogenstraße, dem in der Nacht zum 19. März dieses Jahres die Prostituierte Frau Maria Schramm zum Opfer fiel, ist jetzt allen Umständen nach vollständig aufgeklärt. Bei der Staatsanwaltschaft hat sich heute ein gewisser Fritz Voigt gestellt mit der Selbsttötung, die Schramm in jener Nacht um das Leben gebracht zu haben.

Voigt ist einer von denen, auf die früher schon der Verdacht der Täterschaft fiel. Er hatte damals eine Beziehung an Maria, die von einem Stich herrierte. Man rechnete mit der Möglichkeit, daß ihm diese die Erinnerung im Kampfe beibringt haben könnte. Voigt erklärte aber, daß er den Stich in einer Schlägerei erhalten habe und er wies nach, daß er in eine Schlägerei verwickelt gewesen war. Nach die Abnahme seiner Finger ringen nicht zu den Spuren, die nach dem Mord in der Bogenstraße im Jahre 1890 zu sehen waren. Er ist Arbeiter und wohnte zuletzt bei seinen Eltern in der Berliner Straße zur Ziegel. Er meldete sich heute vormittag bei der Staatsanwaltschaft, um dem Untersuchungsrichter vorgeführt zu werden und gab an, daß er in der Nacht zum 19. März die Schramm auf der Straße getroffen und nach Hause begleitet habe. Sie verlangte, so sagte er, zwei Mark von ihm. Als er sein Portemonnaie öffnete, in dem sich 16 Mark befanden, verlangte sie alles oder den größten Teil. Er weigerte sich, ihr mehr zu geben, und jetzt drang sie gewalttätig auf ihn ein, um ihm das Geld abzunehmen. Mit seinem eigenen Messer, das sie ihm aus der Hosentasche riß, brachte sie ihm den Stich in das Bein bei. Er geriet in Wut, entriß ihr das Messer wieder und

Nach blindlings auf sie und ihren Hund ein.

Als sie umfiel, entfernte er sich und fuhr mit der Straßenbahn zu seinen Eltern nach Ziegel. Unterwegs sah er in der Helmholzstraße einen Schlägerei, die er ausmühte, um seine Tat zu verbergen. Am nächsten Tage ging er nach dem Weindörfer Krankenhaus und fand dort Aufnahme. Seine Mutter mußte seine Kleidung, die in der Schlägerei blutig geworden sein sollte und bessere, sie zugleich aus.

Drei Wochen nach dem Mord riefen die Kriminalbeamten bei ihren Nachforschungen unter den vielen Verdächtigen auch auf Voigt. Er wiederholte seine Angabe, daß er den Stich in das Bein bei einer Schlägerei in der Helmholzstraße bekommen habe. Diese Angabe konnte nicht widerlegt werden. Die Behauptung, daß zu der ihm angegebenen Zeit in der Helmholzstraße eine Schlägerei stattgefunden habe, bestätigte sich bei den Ermittlungen der Kriminalpolizei. Es ließen sich aber trotz aller Nachforschungen keine Zeugen ermitteln, die über diese Schlägerei und die etwaige Beteiligung Voigts an ihr Näheres hätten mitteilen können. Voigt wurde erst nach einigen Tagen gegen das dem Krankenhaus entlassen. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft hat die Kriminalpolizei jetzt die Nachprüfung seiner Angaben aufgenommen, während er im Untersuchungsgewahrsam vorläufig festgehalten wurde.

„Geboren am Weihnachtsabend.“

Der bekannte Verleibungsprozeß.

den die Ketzere der Charlottenburger Kranenbäuser Westend und Kirchstraße gegen die Schriftstellerinnen Elisabeth Bonnes Ruth Bröck und Dr. phil. Helene Stöcker angebracht haben, kam heute abend zum Verhandlung vor der ersten Strafkammer des Landgerichts II. Den Vorsitz führt Landgerichtsrat Vogel, die Angeklagten werden von den Rechtsanwältinnen Pollander und Dr. Kurt Rosenfeld vertreten. Die Anklage wird vom Staatsanwalt Dr. Jordan vertreten. Als Nebenkläger sind die Ketzere Dr. Kellner, Professor Dr. Wesselhaeger, Professor Dr. Neuberger und Oberarzt Dr. Schulz-Walden zugelassen. Sie werden vom Justizrat Ziemler vertreten. Als Sachverständiger ist Gerichtsarzt Dr. Witzgen geladen.

Von den Angeklagten sind noch Frauenin Dr. Wagnard, Dr. Heinz Stöcker und Dr. Oettingen als Sachverständige geladen; sie werden als solche vom Gericht zugelassen. Es handelt sich um eine schon mehrfach erörterte Angelegenheit. Frauenin Stöcker ist verantwortliche Redaktrice der „Zeitschrift Die neue Generation“, Publikationsorgan des Bundes für Frauenrechte. In dieser Zeitschrift sind in den letzten Jahren eine Reihe von Artikeln erschienen, die schwere Vorwürfe gegen Verwaltung und Ketzere der beiden hier aufgeführten Krankenhäuser enthalten. Die Verleibung hat diese Vorwürfe noch in einem von ihr in öffentlicher Veranlassung gehaltenen Vortrag wiederholt.

Es wird in der Kritik im wesentlichen folgendes behauptet: Kurz vor dem Weihnachtsabend sei ein Mädchen, das schon in Geburtswunden sich befand, in das Bureau für Mutterliebe gekommen und habe erklärt, daß ihre Verwandte, eine Verwandte in Sontheim (früher Prandendorfer), sie trotz ihres Graviditäts nicht früher entlassen habe. Die Leiterin des Mutterhauses habe das Mädchen entlassen in einer Automobilsoldaten nach dem Kranenbäuser Krankenhaus lassen. Dort sei sie nicht angenommen worden; das Mädchen sei darauf nach dem Kranenbäuser Westend gefahren worden, wo es schon auf einer Tragbahre in das Haus habe getragen werden müssen. Aber auch dort sei sie abgewiesen worden. Der Oberarzt habe gesagt: Das Kind ist tot und eine Selbsttötung. Das Mädchen sei so habe dann das schon laut jammernde Mädchen seine Zukunft in eine

Berliner Börse, 14. Juni 1911

Wochenkurse: Fr. Lira, Lon. Paris: 89 Pf. — Gest. 1.6 Gold: 4. Währ.: 1.10 Fr.: 8.65 — 1 Gold-R.: 3.20 — 1 Pap.: 4 — 1 Bond: 4.50 — 1 Kr.: 1.20 — 1 M.: 2.16 — Berlin: Banquetk.: 4.5 — 1 Creditk.: 3 1/2 — 1 Anleihek.: 3 1/2 — 1 Wechselk.: 4 — 1 Wechselk.: 4 — 1 Wechselk.: 4 — 1 Wechselk.: 4

Die Kursen in dieser Tabelle sind die Zinsen der 1. bis 15. Juni 1911. Die Kurse sind die Kurse der 14. Juni 1911. Die Kurse sind die Kurse der 14. Juni 1911. Die Kurse sind die Kurse der 14. Juni 1911.

Main table containing stock market data with columns for company names, stock types, and prices. Includes sections for 'Börsen', 'Schiffahrts-Aktion', 'Eisenbahn-Prioritäts-Oblig.', 'Industrie-Aktion', and 'Bank-Aktion'.

Beilagen zum Kurstabelle sind den Obligationen industrieller Gesellschaften, mit einem Stern (*) gekennzeichnet. Von den über nur rückzahlbaren Obligationen industrieller Gesellschaften, mit einem Stern (*) gekennzeichnet, welche hypothekarisch sicher gestellt sind, mit einem Stern (*) gekennzeichnet. Von den über nur rückzahlbaren Obligationen industrieller Gesellschaften, mit einem Stern (*) gekennzeichnet.

Beilagen zum Kurstabelle sind den Obligationen industrieller Gesellschaften, mit einem Stern (*) gekennzeichnet. Von den über nur rückzahlbaren Obligationen industrieller Gesellschaften, mit einem Stern (*) gekennzeichnet.